



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Nießmann. Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 283.

Interionspreis für die kaiserliche Copie-Zelle oder deren Raum 12 Pf.

Reclamen für den Tagesblätter die dreigepaltene Zeitungs- oder deren Raum 30 Pf.

Nr. 233

Sonntag, den 5. Oktober 1890.

91. Jahrgang.

Der Aufzug der nationalliberalen Partei der Stadt Halle und des Saalkreises.

Halle, 4. Oktober.

In anderer Stelle unseres Blattes veröffentlichten wir den Aufzug des Vorstandes des nationalliberalen Vereins der Stadt Halle und des Saalkreises.

Offen gestanden wir als unzufrieden Vertreter des gemäßigten Liberalismus können uns nicht des Gefühls erwehren, daß dieser Aufzug nicht ganz die Erwartungen erfüllt, die wir gehabt haben, gerade damals: Wir haben mehr erwartet, Alles aber nicht eine Abgabe an eine Partei, die niemals bestehen wird. Wir glauben uns nicht zu irren, daß die beständige Stelle des Aufzuges: — Fern liegt es uns, auf solche Mißgriffe einwirken zu wollen, die mit unseren politischen Zielen nicht übereinstimmen. Wir halten es nicht für unwichtig, daß sich Parteien bilden, deren Mitglieder, wenig in ihren politischen Anschauungen nur durch das eine Band: „Die Verfassung vor der Sozialdemokratie“ zusammengehalten werden, — sich auch ein ganz klein wenig an unsere Adresse wenden, waren und sind wir es doch, welche zwecks der Kundgebung am 12. Oktober einmündigen das crimen laesa majestatis unserer Partei gegenüber begangen haben, das Zusammenwirken aller Parteien und die Mitwirkung auch solcher bürgerlicher Elemente zu fordern, die wir uns gegenüber zu nichts als zu dieser Mitwirkung verpflichten.

Wenn diese Forderung zu diesem Zweck zu ungeheuerlich! Ungeheuerlich finden wir nur, daß Halle durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten ist, das wird mit uns gewiß Manche bedauern, dessen politische Parteiführung nicht die unserer ist. Die bürgerlichen Parteien müssen lernen, dort, wo sie Auge in Auge einem Sozialdemokraten gegenüberzutreten haben, ihr Parteiprogramm darnach einrichten. Und sie werden es, wenn sie ihren Wahlschein nicht die Schwärze anerkennen wollen, durch einen Sozialdemokraten in der vornehmsten polnischen Körperschaft vertreten zu sein! Die Fanatiker der radikalen Partei in Halle waren es, welche direkt oder indirekt Herrn Frey Komet zum Wahlsieger versahen. Ohne Wahlzettel nach rechts und nach links läßt sich bei uns wenig machen, das läßt sich nicht leugnen. Es ist gar nicht nötig, daß ein Wahlzettel gegen die Sozialdemokratie feilscht, sondern es wird, wir haben nur dafür zu sorgen, daß dort, wo zwei bürgerliche Kandidaten mit einem Radikalen, „Proletariats“ um den Sieg streiten, die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf so richtig führen, wie nur möglich, und sich gegenseitig verpflichten, im Falle der Entscheidung geschlossen, wenn für den Sozialdemokraten niederkommen. Einen Sozialdemokraten niederkommen ist Pflicht jedes Bürgers, dem er ein Opfer zu bringen hat. Sind wir so weit, dann haben wir uns anständig die „neue Partei“ vor, die selbst, die im Königreich Sachsen schon seit Jahren besteht und sich Ordnungspartei nennt. Die sächsische Ordnungspartei ist allerdings nur durch das Rand: „Bezugnis vor der Sozialdemokratie“ zusammengehalten, ihre Existenznotwendigkeit für Sachsen aber wird ein einseitiger Wählerkreis bestreiten können. Als politische Partei besteht sie auch in Sachsen nicht, sie verpflichtet die bürgerlichen Parteien nur, den Sozialdemokraten auf alle Fälle niederkommen, die eigentlichen politischen Verhältnisse der Parteien, ihr Programm zu werden dadurch nicht berührt. Daß sich die sächsischen Freisinnigen zu diesem gemeinsamen Ordnungprogramm verpflichtet haben, gereicht ihnen recht der Acht und Wahn, in den sie von Berlin aus getrieben wurden, gerade so zur Ehre, wie es z. B. den Nationalliberalen und den Conserativen im Herzogthum Gotha zur Ehre gereichte, daß sie geschlossen, wenn für Mann den besten Kandidaten Jüngere unterläßen, und Wilhelm Vok niederkommen.

Dies unsere Stellung zu dem Aufzug, den wir im Interesse einer gedeihlichen Organisation unserer Partei lebhaft begrüßen. Wir wollen wünschen und hoffen, daß der Aufzug den lebhaften Wiederhall bei all' unseren Parteifreunden findet, den er verdient.

Regierung und Sozialistengesetz.

Die „Kön. Ztg.“ schreibt: Vor einigen Tagen veröffentlichten wir auf Grund von Mittheilungen von bestunterrichteter Seite die Nachricht, daß der Kaiser, kaiserliche Monarchen und sämtliche Minister die Fortdauer des Sozialistengesetzes gewünscht hätten und deshalb bereit waren, das bauernde Spezialgesetz in der von den Nationalliberalen dargebotenen Form, also

ohne Ausweitungsbefugnis, anzunehmen, daß Fürst Bismarck allerdings anderer Ansicht gewesen ist. Die Hoffliche Zeitung bestätigt nun zwar im Allgemeinen die Richtigkeit dieser Meldung, sie meint aber, wenn man aus dieser Thatsache schließen wolle, der Kaiser habe überhaupt die Fortdauer des Gesetzes gewünscht, so befinde man sich im Irrthum. Seine Bereitschaft, das Gesetz ohne Ausweitungsbefugnis zu genehmigen, sei das äußerste Zugeständnis gewesen, welches dem Fürsten Bismarck gemacht worden. War mit dem Fürsten Bismarck nicht mehr zu rechnen, so fiel auch die Notwendigkeit jenes Zugeständnisses fort. Von derselben Quelle, der wir obige Mittheilung verdanken, geht uns dem gegenüber folgende Erwiderung zu: Der Schluss der Hofflichen Zeitung ist unbedeutend und widerspricht den wirklichen Thatsachen. Es ist unbedingt richtig, daß sowohl der Kaiser wie die sämtlichen Bundesfürsten und die sämtlichen preussischen Minister für die Fortdauer des Sozialistengesetzes, und zwar ohne Zeitbeschränkung waren und sich in diesem Sinne durchaus übereinstimmend ausgesprochen haben. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen auf der einen und dem Fürsten Bismarck auf der andern Seite war nur vorhanden, insofern die Grenzen der Nachgiebigkeit dem Reichstage gegenüber und die Wege in Frage kamen, welche bei dem etwaigen Scheitern des Zustandkommens des Gesetzes einzuschlagen waren. In diesen beiden Fragen hat sich allerdings, und zwar formell in der Sitzung des Kronrats am 24. Januar d. J. ein Gegenstand herausgestellt, der nicht mehr zu überbrücken war. Für die vorliegende Frage genügt es, von diesem Gegenstand nur die eine Seite zu betonen, daß der Kaiser und die preussischen Minister für die Annahme des Gesetzes in der von den Nationalliberalen angebotenen Form, d. h. also unter Wegfall der Ausweitungsbefugnis, sich bereit finden ließen, um dadurch der großen Vortheil der unbedingten Dauer des Gesetzes zu erreichen, daß dagegen Fürst Bismarck dieses Opfer nicht zugehen wollte, sondern sogar noch ein verstärktes Gesetz mit der Befugnis der Landesvermehrung anstrebte und deshalb lieber ein augenblickliches Scheitern wolle, nach seinen Anschauungen ungenügendes Gesetz wolle, um dafür unter Entschlingung bestimmter Wege ein wirksames Gesetz zu erzielen. Demnach drang der Wille des Fürsten Bismarck, obwohl er allein stand, noch durch, weil der Kaiser damals einer Ansicht mit dem Fürsten nicht wollte. Schon am folgenden Tage wurde daransin der Reichstag aufgelöst und damit das vorläufige Scheitern des Gesetzes dem Wunsch des Reichstanzlers gemäß vollzogen. Zwei Monate darauf schied der Fürst Bismarck aus seinem Amte, und der neue Reichstanzler fand einen neuen Reichstag, von dem ohne weiteres feststand, daß in ihm keinerlei Mehrheit für das Zustandkommen des Sozialistengesetzes zu gewinnen sei. Weder der Kaiser noch die Minister haben seitdem ihre Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Fortdauer des Gesetzes geändert, aber sie haben es übereinstimmend für überflüssig erachtet, sich nochmals wegen dieses Gesetzes von dem Reichstag eine förmliche Ablehnung zu holen. Bei der Wichtigkeit der Frage würde die Ablehnung notwendigweise zu den schärfsten parlamentarischen Konflikten geführt haben, deren Vermeidung bei dem damaligen Kanglewechsel von der größten Bedeutung war. Durchaus nicht im Widerspruch hiermit steht die gelegentliche Aeußerung des Kaisers im Staatsrath: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich ganz allein fertig werden.“ Diese Aeußerung bezieht sich ausschließlich auf die ängere Aufrechterhaltung, wird allerdings nicht durch noch so weitgehende Bestimmungen eines Sozialistengesetzes, sondern durch ganz andere Waffen gewährleistet, deren schneidige Anwendung außer Frage steht, sobald die Sozialdemokraten durch ängere Thaten sich als Stör der öffentlichen Ruhe und Ordnung betätigen sollten. Der Kaiser hat fernerzeit zur Sozialdemokratie so scharfe und offene Stellung genommen, daß in dieser Hinsicht ein Zweifel doch nicht zu möglich sein kann. Er hat der Abordnung der Vertreter der Knappvereine gegenüber am 14. Mai 1889 ausdrücklich erklärt: „Sollten aber Ausweichungen gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe vorkommen, sollte sich der Zusammenhang der Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so würde ich nicht zögern, meine Wünsche mit meinem königlichen Wohlwollen zu erwidern, denn für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.“ Der Kaiser hat seitdem wiederholt bewiesen, daß er sehr genau zwischen den berechtigten sozialpolitischen Anforderungen der Arbeiter und den unberechtigten sozialdemokratischen Auswüchsen eine Scheidungslinie gezogen hat. Eine der Waffen zur Bekämpfung der letzteren, das Sozialistengesetz, ist gegen seinen Willen ihm und seiner Regierung aus den Händen entnommen worden; für die Annahme, daß er je freiwillig darauf verzichtet

haben würde, steht auch der geringste Anlaß. So unfer Gemüthesmann, der in der Lage ist, den Thatsachend genau festzustellen.

Deutsches Reich.

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß Prinz Wilhelm es von vornherein entschieden abgelehnt hat, nach Rücktritt v. Alvensleben's das Generalcommando des württembergischen Armeekorps zu übernehmen.

Der Reichsanzeiger meldet: Nach einem Telegramm des Generalleitens von Sanftbar sind in Württemberg: Landwirth Künzler (Eppenstein), Kaufmann Stauf (Elegen), Holzschläger Urban (Brummenthal), Zimmermann Jarviel (Sparten), Zimmermann Claus (Nymwegen), Wäcker Karl Horn, Schlosser Friedrich Horn (Neuladt l. d. Pfalz), Drottel (Stedenbürgen).

Cardinal Hergenrother ist im Kloster Meheroran (Goralberg) von einem Schlaganfall betroffen worden; er soll hoffnungsvoll darniederliegen.

Zu den Gerüchten über bevorstehende Personalveränderungen in den höchsten militärischen Stellen schreibt man uns aus Berlin:

Die in der Presse vertretenen Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel in den höchsten militärischen Stellen sind, abgesehen vom Kriegsministerium, als reine Kombinationen zu betrachten, die mit der Wirklichkeit nicht gemein haben. Dahin gehört besonders auch die Meldung, von der angeblich Absicht des Chefs des Großen Generalstabs, Grafen Waldersee, von seinem Posten zurückzutreten.

Ein gut unterrichteter militärischer Kreise ist keine Thatsache bekannt, auf welche ein solcher Entschluß zurückgeführt werden könnte. Abgesehen davon, daß der persönliche Verkehr des Kaisers mit dem Grafen Waldersee noch während der letzten Wäander sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Schlesien, wo der Chef des Großen Generalstabs stets in unmittelbarer Nähe des Kaisers weilte, ein offensichtlich herzlicher war, steht es außer Zweifel, daß der Kaiser die hervorragende Kraft des Grafen heute ebenso hochachtet, wie zu der Zeit, als die Ernennung desselben zum Chef des Generalstabs erfolgte. Daß auch in militärischen Kreisen die Meinungen in Bezug auf Einzelheiten der Lösung strategischer und taktischer Aufgaben bisweilen auseinander gehen, soll nicht bestritten werden; es ist dies aber eine Erleuchtung, die nur in den seltensten Fällen zu Konflikten führt.

Ein williger Mangel solcher Meinungsverschiedenheiten würde schließlich auch zu einer routinemäßigen Behandlung militärischer Fragen führen, bei welcher ein Stillstand und damit Rückschritt in der Entwicklung unserer Wehrverhältnisse unausbleiblich wäre. Solcher, für unser Heerwesen jedenfalls nur negativen Art waren auch die Meinungsverschiedenheiten, welche sich zwischen dem Grafen Waldersee und General v. Leszyński bei den Kaisermandaten in Schleswig-Holstein gezeigt haben. Zu erwähnen ist hierbei, daß abgesehen von der sonst in Bezug auf die Kaisermandate herrschenden Provis die Anlage der Mandate in Schleswig-Holstein und die damit in Zusammenhang stehenden strategischen Maßnahmen nicht vom Großen Generalstabe, sondern vom kommandirenden General des IX. Armeekorps, v. Leszyński, in Gemeinschaft mit dem kommandirenden Admiral v. d. Goltz ausgearbeitet worden sind.

Es geschah dies wohl mit Rücksicht auf die Kooperation der Landtruppen mit der Marine. Es ist richtig, daß General Graf Waldersee mit einzelnen Anordnungen des kommandirenden Generals nicht völlig übereinstimmte, allein von irgend welchen Gegenständen kann nicht die Rede sein. Die abweichenden Ansichten kamen auf dem Mandatfeld selbst zur eingehenden Besprechung und Erleuchtung, ohne daß auch nur einen Augenblick eine Verwirrung bemerkbar gewesen wäre.

Wenn auf die besonderen Vorschlägen, welche der Kaiser dem General v. Leszyński zu theil werden ließ, hingewiesen und daraus geschlossen wird, daß derselbe anerkennen sei, an die Stelle des Grafen Waldersee zu treten, so könnte man gewiß mit demselben Recht auch die Generale v. Kewitz und v. Seekt als Kandidaten für den Posten des Generalstabschefs betrachten, da auch sie während der Mandatverträge vom 16. bis 20. September das ungetheilte Lob des obersten Kriegsherrn genossen. Aber, wir wiederholen es, die Gerüchte sind durchaus gegenstandslos.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß bei einem eventuellen Wechsel in einem späteren Zeitpunkt der kommandirende General des XVI. Armeekorps, Graf Huetel,

In unsere nationalliberalen Parteigenossen!

Das bedeutliche Anwachen socialistischer Bestrebungen in unserm Vaterland stellt an alle Parteien, welche treu auf dem Boden unserer geschichtlich gewordenen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, die unabwendbare Forderung, ihre Kräfte zu sammeln und ihre politischen Grundzüge in weitere Kreise unseres Volkes zu tragen. Auch die nationalliberale Partei darf sich dieser wichtigen Aufgabe nicht entziehen. Sie muß nicht nur darauf bedacht sein, die gewonnene Stärke zu behaupten, sondern sie muß sich auch bemühen, die Zahl ihrer Anhänger stetig zu vergrößern. Das geeignete Mittel dazu ist die Pflege und Hebung der örtlichen Organisationen, die unsere Partei im Lande besitzt. Deshalb richten wir an unsere Parteigenossen in Halle und dem Saalkreise die dringende Bitte, soweit dies noch nicht geschehen, unserem Verein beizutreten und denselben nach Möglichkeit neue Mitglieder zuzuführen.

Jein liegt es uns, auf solche Mitbürger einwirken zu wollen, die mit unseren politischen Zielen nicht übereinstimmen. Wir halten es nicht für wünschenswert, daß sich Parteien bilden, deren Mitglieder, meinig in ihren politischen Anschauungen nur durch das eine Band: „Die Besorgniß vor der Sozialdemokratie“, zusammen gehalten werden.

Wer aber das nationalliberale Programm:

„Befestigung der Einrichtung des Reiches, Fortbildung unseres Staatswesens im Sinne eines maßvollen Liberalismus und Verhöhnung der wirthschaftlichen und sozialen Gegenjäre“

als das seine anerkennt, der sollte es als seine politische Pflicht erachten, sich unserem Vereine anzuschließen und dessen Bestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen. Deshalb hoffen wir, daß unser Ruf einen lauten Wiederhall bei allen gemäßig. liberalen Männern unseres Wahlkreises finden werde.

Der Vorstand des nat.-lib. Vereins der Stadt Halle a. S. und des Saalkreises.

Elze, Rechtsanwalt, **Betheke**, Kommerzienrath, **Dr. Conrad**, Geh. Reg.-Rath, **Ernst**, Stadtrath, **Dr. Friedberg**, Professor, **Dr. Keil**, Rechtsanwalt, **Krug**, General-Direktor, **Leopold**, Salinen-Direktor, **Liebau**, Kaufmann, **Riedel**, Kommerzienrath, **Taeglicherbeck**, Oberbergath, **M. Thieme**, Kaufmann, **Dr. Brumme**, Fabrikbesitzer-Löbjuhn, **Graul**, Volkshändler-Erötza, **Kentel**, Gutsbesitzer-Kirchgedau, **Mennicke**, Ratmann-Löbjuhn, **Schramm**, Mühlenbesitzer-Annendorf, **Thielicke**, Mühlenbesitzer-Bettin.
Beitrittserklärungen nimmt jedes der oben genannten Vorstandsmitglieder entgegen.

Geschäfts-Verlegung.
Den Wünschen unserer werthen Kundschaft entsprechend, haben wir mit dem heutigen Tage unsere
Eisenwaren- u. Werkzeug-Handlung
neht Magazin für complete Kücheneinrichtungen
von Leipzigstraße 47 nach
Leipzigerstrasse 34
(Nähe des Leipziger Thurmes)
verlegt.
Bartels & Beck.

Julius Blüthner's
Pianoforte-Magazin,
Reparatur-Anstalt.
Halle (Saale), Poststr. 15. I.
Lager von Harmoniums.



Moritz König's
Lampengeschäft
Halle a. S., Rathhausgasse 9,
erlaubt sich ergebenst anzuzeigen, daß
seinmische
Neuheiten in Lampen
der
Saison 1890/91
eingetroffen sind und empfiehlt in
brächtiger u. großer Auswahl:
Kronleuchter, Hänge-, Tisch- und
alle sonstigen Lampen.
Als beste Brenner empfiehlt die neuen
Emin- und Glücksbrenner.
A. Geschäftsführer führe Hiesebrenner.
Zur Befestigung meines Lagers
habe freundlichst ein
Moritz König.
Telephonschluß 492.




Einem großen Posten farbige
waschlederne Handschuhe
habe ich um damit zu räumen, ansehernd billig abgegeben.
W. Ricks,
Grosse Ulrichstrasse 34, Ecke der alten Promenade.

Gesundes Blut nur
macht gesunde
den Körper.
Das Dr. Vernech's de Eisenpulver,
welcherbereitet seit 25 Jahren, ist
das vorzüglichste Blutreinigungsmittel
und Kräftigungsmittel und von
wunderbarer, unschätzbbarer Wirkung
bei Blutarrauh, Bleichheit, Blut-
störung, Schwäche, Nervenschäden,
Krämpfe, Ohnmacht, Kopfschmerz,
Migräne, Hämorrhoiden, Schachtel
4,50, ganze Kiste (3 K.) 14,50.
Nehmen Sie in der Kiste pro. Apotheke,
weiß, Schwann, Berlin,
Svandenauerstraße 77.

Pressen für Traubenwein, Beeren-
wein und Obstmost,
mit glattem Reanbiel oder Holzbiel in
vorzüglichsten neuesten Constructionen.
Obstmöhlen.
Kelter-Spindeln.
Rühmlichst bekannt.
(Bisheriger Absatz:
11 500 Stück) empfohlen.
J. Weipert & Söhne, Maschinenfabrik, Heilbronn a. N.
Illustrirte Preislisten gratis und franco.



Revoler, 6 schüssig Cal.
7 m/m 6 Mark,
9 m/m 9 Mark.
Centralfeuerdoppellinten
von 35 Mark an
Teschins ohne Knall (Ge-
wehrrorm) Cal. 6
m/m 8 Mk., Cal. 9 m/m 15 Mk.
Westentaschen - Teschins
ohne Knall 4 Mark.
Patent - Luftgewehre
ganz ohne Geräusch 25 Mark.
Patronen und alle Jagdaccessorien in
größer Auswahl. Zu jeder Waffe gibt
es 25 Patronen gratis. Versand ungen-
nehm. Nachnahme oder vorherige Ein-
sendung des Betrages. Für jede Waffe
übernehme ich volle Garantie. - Alle
Waaren nehme ich zum Umtausch be-
reitwilligst zurück. Umänderungen, Re-
paraturen etc. sauber und billig.
Preislisten gratis und franco.
Georg Knaak, Waffenfabrik,
Berlin SW., Friedrichstr. 236/77.



NACH AMERIKA.
Niederländisch-Amerikanische
Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Einzig Postdampfer-Linie
zwischen
ROTTERDAM und **NEW-YORK.**
AMSTERDAM und **BUENOS-AYRES.**
Rascheste Beförderung. Vorzügliche Ver-
pfehlung. Billigste Passage-Preise.
Englische Sprachführer sowie Beschreibungen über Amerika
gratis und franco.
Nähere Auskunft ertheilt
DIE VERWALTUNG in ROTTERDAM.



Vom 1. October bis 1. Novbr. n. e.
Tapeten - Ausverkauf
wegen bevorstehenden Umzugs nach meinem Hause
Gr. Klausstraße 4
(dicht am Markt.)
Hermann Bischoff,
bis 1. November noch **Große Ulrichstraße 45.**

Tanz-Unterricht.
Mein I. Winterkursus für Polkaetzel beginnt
Dienstag, den 7. October
im Salon zum Rosenthal.
Gefällige Anmeldungen erbitte.
Ad. Fröbe Tanzlehrer, Drehhausfir. 2, III, neuer Marktplatz.

Patent
Angelegenheiten
BUREAU für
G. BRANDT
BERLIN SW. Kochstraße 10/11
Telephon-Nr. 1111
Soll 1893 im Patentamt eingetrag.
Für den Schriftverkehr beantwortet
Herr Dr. G. Mann in Halle.
Giergen 2 Weinlagen.

Verlag und Druck von R. Metzmann in Halle.
Expedition des Halle'schen Tageblattes: Große Ulrichstraße 19, geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends

